

## Niederschrift



Gremium: **41. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses**

Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 02.02.2012**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 09:00 Uhr Ende: 16:06 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

**Mitglieder:**

Peter Baumeister  
Hansjörg Durz  
Ulrike Höfer  
Annegret Kirstein  
Henriette Kirst-Kopp (ab TOP 2)  
Rudolf Lautenbacher  
Gerhard Mößner  
Franz Neher  
Alfred Sartor  
Joachim Schoner  
Franz Settele  
Stefan Steinbacher (bis 14:52 Uhr)

**Vertreter:**

Manfred Buhl Vertretung für Robert Wittmann  
Karl Heinz Jahn Vertretung für Jürgen Schantin

**Verwaltung:**

Sigrid Hausotter  
Jürgen Lutz (ab TOP 2)  
Karl Rohrmoser (ab TOP 2)  
Alfred Schühler (zu TOP 7)  
Frank Schwindling

**Weitere Anwesende:**

Walter Landherr, Landherr Architekten (zu TOP 1)  
Rainer Löhle, Löhle-Neubauer Architekten (zu TOP 1)  
Oswald Silberhorn, Büro IBOS-TGA (zu TOP 1)

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Nichtöffentliche Sitzung

1. Neubau Berufliches Schulzentrum Neusäß  
Auftragsverhandlungen nach VOF Technische Gebäudeausrüstung Los 1;  
Vergabe Anlagengruppen 1 - 3 und 7 (HLS)  
Vorlage: 12/0022
2. Hochbau - Auftragsvergabe  
Erweiterung der Realschule Zusmarshausen  
Mitteilung der Submissionsergebnisse;  
Gewerke: Baumeisterarbeiten, Zimmerer- und Holzbauarbeiten, Klempnerarbeiten, Vor-  
gehängte hinterlüftete Putzfassade, Trockenbauarbeiten, Metallbau- und Sonnenschutz-  
arbeiten, Innenputzarbeiten, Estricharbeiten, Elektroinstallationsarbeiten, Heizungsinstal-  
lationsarbeiten, Sanitärinstallationsarbeiten, Raumlufttechnische Anlagen  
Vorlage: 12/0023
3. Neubau Gymnasium Diedorf;  
Zustimmung zum Notarvertrag  
Vorlage: 12/0024
4. Verschiedenes
5. Wünsche und Anfragen

### Öffentliche Sitzung

6. Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung über den Bau  
eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke  
entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach  
zwischen dem Landkreis Augsburg und der Stadt Schwabmünchen  
Vorlage: 12/0025
7. Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs  
Vorlage: 12/0017
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

## Öffentliche Sitzung

**TOP 6    Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach zwischen dem Landkreis Augsburg und der Stadt Schwabmünchen  
Vorlage: 12/0025**

Anlagen:      Änderungsvereinbarung

### Sachverhalt:

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17.06.2010 wurde dem Abschluss der Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach zwischen dem Landkreis Augsburg und der Stadt Schwabmünchen zugestimmt.

Seitens des Landkreises Augsburg wurden die Fördermittel nach BayGVFG bei der Regierung von Schwaben beantragt. Nach Mitteilung der Regierung von Schwaben ist aufgrund der zu geringen zur Verfügung stehenden Ausgleichsmasse im Verhältnis zu den eingereichten Anträgen eine Förderzusage der geplanten Baumaßnahme „Neubau des Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach“ im Jahr 2012 nicht möglich.

Im Investitionshaushalt waren insgesamt Ausgaben in Höhe von 365.000,00 € und Einnahmen in Höhe von 198.000,00 € für die Baumaßnahme veranschlagt. Als Eigenanteil für den Landkreis Augsburg wurde ein Kostenanteil in Höhe von 167.000 € benannt. Eine Finanzierung der Maßnahme ist ohne Fördermittel für den Landkreis Augsburg aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht möglich.

Die Baumaßnahme „Neubau des Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach“ ist zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Gemeinde dringend notwendig. Der Rad- und Gehweg dient der Verbindung zwischen den nahegelegenen Gemeindeteilen und stellt einen Netzlückenschluss zur Weiterführung in das Schmuttertal über verkehrsarme Straßenverbindung Birkach – Konradshofen sicher. Die derzeitige Verbindung über Forstwege ist alltagsgemäß nicht nutzbar (wassergebundene, teilweise schadhafte Wegeoberfläche, topographisch ungünstiger Verlauf, keinerlei Einsehbarkeit).

Im Rahmen der Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zu Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Straßenbaulastträger –RZStra- besteht die alternative Möglichkeit, dass die Gemeinde (hier: Stadt Schwabmünchen) die Baumaßnahme als Kostenträger durchführt und eine Förderung nach Art. 13 c FAG hierfür erhält, wenn die Durchführung der Baumaßnahme auf eigene Kosten vom Baulastträger (hier: Landkreis Augsburg) abgelehnt wird.

Die Stadt Schwabmünchen möchte die Baumaßnahme aufgrund der beschriebenen Situation als Maßnahmenträger durchführen. Die Änderungsvereinbarung regelt die hierdurch erforderlichen Anpassungen der Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach.

In der Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach war, entsprechend der Fi-

nanzkraft der Stadt Schwabmünchen, eine Kostenbeteiligung der Gemeinde von 30 % vereinbart.

In der Änderungsvereinbarung ist entsprechend ein Ablösebetrag für den Rad- und Gehweg von 70 % der nach Abzug eines Zuschusses verbleibenden Kosten vorgesehen. Entsprechend der Kostenberechnung im Bauentwurf vom 04.02.2011 entspricht dies einem Betrag von ca. 158.000,00 €. Im Haushaltsentwurf 2012 wurde ein Ansatz in Höhe von insgesamt 167.000,00 € vorgeschlagen, der sich aus dem Eigenanteil aus dem Bauentwurf zzgl. 9.000,00 € für unvorhergesehenes zusammensetzt. Der Betrag ist entsprechend in die Haushaltsplanung aufzunehmen.

|  |  |   |   |
|--|--|---|---|
| <b>Finanzielle Auswirkungen:</b>                                     |  | Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:    |   |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein |  | <input type="checkbox"/> im Verw.HH:<br>HhSt. | <input type="checkbox"/> im Verm.HH:<br>HhSt.               |
|  |  | €   | €   |
| Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):     | Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine | Gesamtfinanzierung<br>Eigenanteil:            | Gesamtfinanzierung<br>Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): |
| 167.000,00 €   | €  | €   | €   |

Bemerkungen:

Der Haushalt 2012 ist bislang nicht rechtskräftig.

**Frau Hausotter** erläutert den Sachverhalt. Sie informiert über eine am Vortag eingegangene Mitteilung der Regierung von Schwaben, dass die bei der Gemeinde bereits entstandenen Grunderwerbskosten nicht förderfähig sind. Dies bedeute für die Gemeinde einen geringeren Zuschuss in Höhe von 12.000 €. und für den Landkreis eine um 8.000 € höhere Eigenbeteiligung. Der Eigenanteil des Landkreises liege somit bei 175.000 €.

Ferner bittet Frau Hausotter unter Nr. 3 des Beschlussvorschlags noch um Abänderung des Wortes „Ablösebetrag“ in „Kostenbeteiligung“.

**Kreisrat Lautenbacher** informiert über die in dieser Woche stattgefundene Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Schwabmünchen, in der einstimmig beschlossen wurde, dieser Änderungsvereinbarung zuzustimmen. Die Stadt Schwabmünchen trete somit für den Landkreis in diese Vereinbarung ein und werde bei der Durchführung der Maßnahme von der Tiefbauverwaltung des Landkreises unterstützt.

**Kreisrat Durz** erinnert an die noch offene Frage, ob die Maßnahme im Jahr 2012 oder erst im Jahr 2013 umgesetzt und somit abgerechnet wird.

**Kreisrat Lautenbacher** erkundigt sich nach dem Stand der Planung.

**Herr Lutz** erläutert, dass der Erläuterungsbericht umgeschrieben und der Förderantrag nochmals neu gestellt werden müsse. Nach derzeitigem Stand sehe es so aus, dass dies innerhalb von etwa zwei Monaten erfolgen könne. Nach Vorliegen der Förderzusage könne mit der Ausschreibung begonnen werden.

**Landrat Sailer** erklärt, dass der Termin für die Umsetzung der Maßnahme noch miteinander abgestimmt werden müsse. Ggf. werde eine Vorfinanzierung durch die Stadt Schwabmünchen erforderlich sein.

**Kreisrat Baumeister** fragt nach, ob der Rad- und Gehweg in der Baulast der Gemeinde verbleibt oder nach Fertigstellung in die Baulast des Landkreises übergeht.

**Landrat Sailer** teilt mit, der Rad- und Gehweg werde sich in der Baulast des Landkreises befinden. Es gehe hier lediglich um eine Finanzierungs- und Zuschussfrage.

Daraufhin fasst der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss folgenden

### Beschluss:

1. Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss lehnt die Durchführung der Baumaßnahme ohne eine Förderzusage der Regierung von Schwaben aufgrund der derzeitigen Haushaltslage des Landkreises Augsburg ab.
2. Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss stimmt dem Abschluss der Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung über den Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach zwischen dem Landkreis Augsburg und der Stadt Schwabmünchen zu.
3. Die Kostenbeteiligung ist entsprechend in die Haushaltsplanung aufzunehmen.

### Abstimmungsergebnis:

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 14 |
| Nein-Stimmen: | 0  |

**TOP 7    Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung;  
          Behandlung des Verwaltungsentwurfs  
          Vorlage: 12/0017**

### Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 (Stand: 23.12.2011) wurde am 09.01.2012 in den Kreistag (Vorlage 11/0348) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 6.389.400 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 8.914.800 €, neben einer bereits im Haushalt veranschlagten Kreditaufnahme bei der KfW für die Sanierung der Turnhalle des Gymnasiums Königsbrunn in Höhe von 2.024.000 €, enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 wird in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

30.01.2012    im Kreisausschuss,  
31.01.2012    im Jugendhilfeausschuss,  
01.02.2012    im Schul- und Kulturausschuss,  
02.02.2012    im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und  
03.02.2012    im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden in der Zeit vom 26. bis 30.01.2012 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 23.12.2011 ergeben haben, werden in den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2012 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 15.12.2011 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2012 entschieden. Die Auswirkungen der beschlossenen Bezirksumlageerhöhung um 1,5 %-Punkte wurden bereits in der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag am 09.01.2012 beschrieben.

Daneben enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, Krankenhausumlage, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus) sowie alle Wirtschaftspläne, welche Auswirkungen auch auf den Kreishaushalt nehmen, endgültig verabschiedet.

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

**Herr Seitz** informiert über den aktuellen Stand. Mittlerweile hätten bereits in einigen Ausschüssen die zweiten Lesungen stattgefunden. Der ungedeckte Bedarf im Verwaltungshaushalt habe sich mittlerweile auf etwa 2,5 Mio. € reduziert, die in den weiteren Haushaltsberatungen noch ausgeglichen werden müssen.

Der Kreditbedarf habe sich durch die bisherigen Beratungen insgesamt nicht wesentlich geändert und liege augenblicklich bei rd. 11 Mio. €.

Anschließend erläutert Herr Seitz die wesentlichen Positionen der Haushaltsvorlage sowie der Zusatz- und Fortschreibungsliste.

### **Lfd. Nr. 3, Zusatzliste (Kreiszuschuss an Bund Naturschutz – Erhöhungsantrag auf 1.500 €)**

**Kreisrat Schoner** unterstützt den vorliegenden Antrag. Es komme vom Bund Naturschutz auch einiges zurück. Im Moment sei der Bund Naturschutz dabei, die Schulen mit so genannten CO<sub>2</sub>-Ampeln auszurüsten. Das Ganze sei verbunden mit Hinweisen zum richtigen Lüften, wodurch Energiekosten eingespart würden. Eine Ampel koste bis zu 200 €. Vom Bund Naturschutz wurden zehn Ampeln beschafft.

Diese Begründung kann nach Auffassung von **Kreisrat Durz** bei anderen Leistungen genauso herangezogen werden. Im letzten Jahr habe man damit argumentiert, dass trotz der zu setzenden Schwerpunkte versucht werden müsse, die Verschuldung nicht zu sehr ausufern zu lassen. Die Frage sei daher, ob es das richtige Signal sei, bei den freiwilligen Leistungen Erhöhung vorzunehmen. Es gehe hier zwar nicht um große Beträge, sondern mehr um das Signal. Darum sollte der Ansatz wie bisher belassen werden.

Diese Auffassung deckt sich laut **Landrat Sailer** mit der Meinung in den übrigen Fachausschüssen. Auch dort wurden Erhöhungsanträge bei den freiwilligen Leistungen abgelehnt.

**Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss beschließt gegen 1 Stimme, die Listenposition nicht in den Haushalt aufzunehmen.**

### **Lfd. Nr. 9, Zusatzliste (Brand- und Katastrophenschutz – Aus- und Fortbildung der Inspektionsmitglieder/Mehraufwand für kostenpflichtige Lehrgänge an nichtstaatlichen Schulen)**

Auf Nachfrage von **Kreisrat Durz** teilt **Herr Seitz** mit, dass die Lehrgänge eine Ergänzung zum Angebot der Feuerweherschule in Geretsried sein sollen, da dort wohl nicht alles abgedeckt werde, was erforderlich wäre. Es solle hierfür ein jährliches Budget vorgesehen werden.

**Kreisrat Durz** meint, dass man den Betrag auf mehrere Jahre aufteilen sollte, falls dies grundsätzlich vom Ausschuss als sinnvoll angesehen werde. So könnten in diesem Jahr z. B. 4.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Dieser Vorschlag wird von **Kreisrätin Kirst-Kopp** unterstützt. Im Moment würden in der Feuerweherschule beispielsweise keine adäquaten Lehrgänge für Kommandanten angeboten.

**Kreisrat Baumeister** ist der Auffassung, dass hinterfragt werden sollte, was an den Feuerweherschulen passiert. Diese kosten schließlich eine Menge Geld.

**Landrat Sailer** teilt mit, die Feuerweherschulen seien anscheinend mit Lehrgängen ausgelastet.

**Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss spricht sich anschließend einstimmig für die Aufnahme eines Ansatzes in Höhe von 4.000 € aus.**

**Lfd. Nr. 22 a, Zusatzliste (Katastrophenschutz – Investitionszuschuss an THW Schwabmünchen für LKW-Anhänger)**

**Lfd. Nr. 25, Zusatzliste (Katastrophenschutz – Neubeschaffungen Kamera für UG-ÖEL, Sensoren mit Prüfglas für A/C-Dienst der Feuerwehr Neusäß)**

**Die Mitglieder des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses befürworten einstimmig die Aufnahme der Ansätze aus der Zusatzliste.**

**Lfd. Nr. 30 (Kommunalanteil aus der Kfz-Steuer)**

**Kreisrat Buhl** fragt nach dem Rechnungsergebnis 2011. Eventuell könne an diesem Ansatz noch etwas getan werden.

**Herr Seitz** informiert darüber, dass sich das Wort „vorläufig“ in diesem Fall auf den noch nicht vorliegenden Bescheid bezieht. Das Ergebnis 2011 habe 259.659 € betragen. Die Zahlung orientiere sich an der Kreisstraßenlänge. Hier hätten sich keine Veränderungen ergeben.

**Lfd. Nr. 42 (Kleinere Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen)**

**Kreisrat Durz** regt an, diesen Ansatz auf 1 Mio. € zu deckeln.

**Landrat Sailer** merkt an, dass man die bereits vertraglich vereinbarten Maßnahmen umsetzen und die übrigen Maßnahmen nochmals schieben müsste.

**Kreisrätin Höfer** macht darauf aufmerksam, dass außerdem noch Haushaltsausgabereste in Höhe von 260.000 € zur Verfügung stehen.

**Kreisrat Lautenbacher** bittet um Korrektur bei der Maßnahme A 17. Hier müsse es „Wertachau-Schwabegg“ heißen.

**Mit dem Vorschlag, den Ansatz auf 1 Mio. € zu deckeln, erklärt sich der Ausschuss anschließend einstimmig einverstanden. Der Ansatz für die Tiefbaunebenkosten (Lfd. Nr. 44) wird demzufolge von 155.000 € auf 145.000 € reduziert.**

**Lfd. Nr. 49 – 54, Fortschreibungsliste (Rad- und Gehwegebau)**

**Herr Seitz** verweist auf die in der 1. Lesung erläuterten Änderungen, die in der Fortschreibungsliste enthalten sind, sowie auf den heutigen Beschluss zum vorausgehenden Tagesordnungspunkt (Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke entlang der Kreisstraße A 16 zwischen Leuthau und Birkach zwischen dem Landkreis Augsburg und der Stadt Schwabmünchen).

**Kreisrat Durz** unterbreitet den Vorschlag, die hierfür vorgesehenen Ansätze in das Haushaltsjahr 2013 zu verschieben.

**Kreisrat Baumeister** meint, dass die Ansätze im Haushalt belassen werden sollten, zumal diese Beträge nicht kreisumlagererelevant sind.

**Kreisrat Neher** verweist hingegen darauf, dass Zuschüsse immer leicht zeitversetzt ausbezahlt werden, weshalb die Aufnahme im Haushalt 2013 ausreichend wäre.

**Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss erklärt sich einstimmig damit einverstanden, die Zuweisung an die Gemeinde in Höhe von 174.000 € im Haushaltsjahr 2013 vorzusehen.**



**Lfd. Nr. 60 - 62 und 64 (Ortsdurchfahrten und Oberbauverstärkungen)**

**Kreisrat Durz** merkt an, dass sich der Gesamtbetrag der Nettoinvestitionen auf 1,138 Mio. € beläuft. Er schlägt vor, diese Maßnahmen auf 750.000 € zu deckeln. Die Tiefbauverwaltung müsste die Prioritäten dann entsprechend festlegen.

**Herr Lutz** führt an, dass die Förderzusage nach BayGVFG für diese Maßnahmen vorliegt und die Ausschreibung deshalb spätestens im Mai 2012 stattfinden muss. Kurz darauf müsse der Baubeginn erfolgen. Die Frage sei, ob die Maßnahmen über den Winter gezogen werden sollen, so dass die Mittel zum Teil erst im nächsten Jahr anfallen. Vom Bauablauf her mache dies jedoch keinen Sinn, so Herr Lutz, da dadurch für die Bauvorhaltung etc. zusätzliche Kosten anfallen würden.

Auf Nachfrage teilt Herr Lutz mit, es handle sich bei diesen Maßnahmen um die Oberbauverstärkung von Scherstetten nach Erkhausen, von Erkhausen nach Konradshofen sowie den Ausbau der Ortsdurchfahrt Erkhausen.

**Kreisrat Sartor** erkundigt sich nach den Deckenbaumaßnahmen. **Herr Lutz** informiert über die vorgesehenen Maßnahmen, worauf **Landrat Sailer** wissen möchte, ob dies mit dem vorhandenen Haushaltsansatz bewältigt werden kann. Im Falle sehr günstiger Preise könnten die genannten Maßnahmen nach Auffassung von **Herrn Lutz** mit dem vorgegebenen Ansatz durchgeführt werden.

**Landrat Sailer** schlägt vor, den Ansatz bei Lfd. Nr. 42 auf 800.000 € zu reduzieren. Für die Ortsdurchfahrten und Oberbauverstärkungen seien im Moment 1.138.000 € vorgesehen. Die Frage sei, ob man hier auch mit 1 Mio. € auskommen könnte.

**Herr Lutz** erklärt, der Ansatz richte sich nach dem Bauentwurf, wobei ungefähr 3 – 5 % für unvorhergesehene Maßnahmen vorgesehen wurden.

**Die Mitglieder des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses befürworten einstimmig den Vorschlag, den Ansatz bei Lfd. Nr. 42 auf 800.000 € zu reduzieren sowie für den Ausbau von Ortsdurchfahrten und Oberbauverstärkungen insgesamt einen Betrag in Höhe von 1 Mio. € vorzusehen.**

**Lfd. Nrn. 68 und 69 (Bauhofbeschaffungen)**

Von **Kreisrat Durz** wird vorgeschlagen, im Gesamtetat der Bauhöfe insgesamt eine Kürzung um 20.000 € vorzunehmen.

**Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss beschließt einstimmig eine Reduzierung des Gesamtansatzes um 20.000 €.**

**Lfd. Nr. 70 (Gebäudeunterhalt sämtlicher kreiseigener Gebäude)**

**Landrat Sailer** weist darauf hin, dass inzwischen eine Teileinrüstung des Dienstgebäudes erfolgt ist, um den Dachstuhl sanieren zu können.

**Herr Schwindling** erläutert die verschiedenen Ausführungsvarianten anhand der ausgeteilten Tischvorlage. Die Bauverwaltung sehe die Variante 2 als sinnvoll an (Generalsanierung des kompletten Dachstuhls). Würde man noch die Position 4 (Wärmedämmung obere Geschossdeckung) und optional die Position 5 (Erneuerung Fassadenanstrich) dazu nehmen, dann hätte man insgesamt eine deutliche Wertverbesserung des Gebäudes. Herr Schwind-

ling schlägt deshalb vor, diese Position nicht im Gebäudeunterhalt abzuwickeln, sondern als Investitionsmaßnahme in den Haushalt aufzunehmen.

**Herr Seitz** spricht die Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwand an. Es handle sich hierbei nicht nur um rein werterhaltende, sondern auch um wertsteigernde Maßnahmen. Wenn man die Maßnahme im vorgetragenen Umfang durchführe, dann sollte sie aus dem Gebäudeunterhalt herausgenommen und als eigene investive Maßnahme im Vermögenshaushalt geführt werden. Die Maßnahme sei dann über entsprechende Kredite zu finanzieren. Die Hochbauverwaltung werde prüfen, ob hierfür KfW-Programme u. dgl. in Anspruch genommen werden können, um eine möglichst zinsgünstige Durchführung der Maßnahme zu erreichen.

**Kreisrat Neher** erinnert an die letzte Sitzung, in der bereits darüber diskutiert wurde, dass eine komplette Dachstuhlerneuerung Sinn macht. Nachdem die Maßnahme aus dem Gebäudeunterhalt falle, sollte der Ansatz für den Gebäudeunterhalt wie im Jahr 2011 auf 2,5 Mio. € festgelegt werden. Es sollten nur die Maßnahmen wirklich gebotenen Maßnahmen gemacht werden (Brandschutz- und sonstige Sicherheitsmaßnahmen). Der Landkreis habe in seinen Liegenschaften in den letzten Jahren sehr viel auf den Weg gebracht, so dass hier in den nächsten Jahren keine Maßnahmen anfallen werden.

Von **Landrat Sailer** wird angemerkt, dass der Ansatz für den Gebäudeunterhalt durch das Herausnehmen der Maßnahme „Dachstuhlisanierung“ um 250.000 € entlastet wird. Somit stünde man bei etwa 3,35 Mio. €.

**Kreisrat Neher** ist der Auffassung, dass die Sanierung der WC-Anlagen im Dienstgebäude im Jahr 2012 komplett gestrichen werden könnte.

**Kreisrat Mößner** hält im Zusammenhang mit der Dachstuhlerneuerung auch die Aufbringung einer Photovoltaikanlage für überlegenswert, zumal das Gebäude nun bereits eingerüstet ist.

Eine Photovoltaikanlage wäre laut **Herrn Schwindling** nur in Verbindung mit der Variante 3 und damit der Herstellung eines komplett neuen Dachstuhls möglich. Die Kosten für die Ausführungsvariante 3 würden 1.505.000 € betragen. In einem zweiten Bauabschnitt der Dachsanierung könnte die Wärmedämmung der obersten Geschossdecke im Jahr 2013 zur Ausführung kommen, da dies nicht den sicherheitsrelevanten Bereich betrifft.

**Kreisrat Durz** sieht eine vernünftige Dachsanierung ebenfalls als sehr wichtig an, weshalb diese wie vorgeschlagen angegangen werden sollte. Zum Gebäudeunterhalt verweist Kreisrat Durz auf den ursprünglichen Vorschlag seiner Fraktion, auf einen Haushaltsansatz von 3 Mio. € zu gehen. Ziehe man den Betrag von 250.000 € noch ab, dann würde sich ein Ansatz in Höhe von 2.750.000 € ergeben.

**Landrat Sailer** erklärt, er könnte diesen Kompromiss mitgehen. Einen niedrigeren Gebäudeunterhaltsansatz würde er jedoch ablehnen.

**Kreisrat Mößner** spricht nochmals die Photovoltaikanlage an. Er bittet darum, dies genau prüfen zu lassen. Wenn man schon über Energiewerke rede, dann wäre dies – auch symbolisch gesehen – eine gute Gelegenheit für den Landkreis. Man könne die Statik des Dachstuhls mit wenig Aufwand verbessern.

**Herr Schwindling** legt dar, der Bau- und Umweltausschuss habe sich mit dem Thema schon in der letzten Wahlperiode relativ abschließend beschäftigt. Damals sei es um die Frage gegangen, ob der Landkreis selbst in solche Anlagen einsteigen und entsprechend investieren oder diese an einen Investor vermieten sollte. Der Ausschuss habe sich seiner-

zeit für die zweite Variante entschieden. Bisher sei nur eine Anlage auf der Förderschule in Dinkelscherben installiert. Die steuerrechtliche Prüfung durch die Kämmerei habe damals ergeben, dass der Landkreis unter dem Strich keine so gute Rendite erzielen könne wie ein Privatmann.

**Landrat Sailer** beauftragt die Verwaltung daraufhin mit der Prüfung, welche zusätzlichen Investitionen getätigt werden müssten, um eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Dienstgebäudes errichten zu können, und welche Einnahmen damit zu erzielen wären. Die Fläche könnte dann verpachtet oder die Anlage als erstes Projekt der Energiewerke umgesetzt werden.

**Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss beschließt anschließend einstimmig die Dachsanierung beim Dienstgebäude in der Ausführungsvariante 2 einschließlich der Wärmedämmung der oberen Geschossdecke sowie der Erneuerung des Fassadenanstrichs. Die Wärmedämmung der oberen Geschossdecke soll in einem zweiten Bauabschnitt im Jahr 2013 durchgeführt werden.**

**Anschließend spricht sich der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss einstimmig für eine Reduzierung des Ansatzes für den Gebäudeunterhalt auf 2.750.000 € aus.**

**Herr Seitz** teilt mit, dass in den Vermögenshaushalt somit für die Dachsanierung 1.405.000 € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 260.000 € für das Jahr 2013 einzustellen sind.

#### **Lfd. Nr. 79 (Gymnasium Diedorf)**

**Herr Seitz** verweist darauf, dass die Kosten für die Grunderwerbssteuer etc. in Höhe von 35.000 € noch in den Haushalt aufzunehmen wären. Die Frage sei, ob dieser Betrag zusätzlich aufgenommen oder beim Ansatz von 1.400.000 € abgezogen werden sollte.

**Landrat Sailer** erklärt, dass der Ansatz von 1.400.000 € in der Konsequenz der vorausgehenden Beratungen entsprechend auf 1.365.000 € zu reduzieren wäre.

Unter der HhSt. 2356.9320 soll laut **Herrn Seitz** somit eine neue Position „Grunderwerbssteuer, Notarkosten etc.“ gebildet werden.

Anschließend spricht **Landrat Sailer** die noch offene Thematik „Tribüne Sporthalle Schwabmünchen“ an.

**Kreisrat Lautenbacher** teilt mit, der Stadtrat habe sich hiermit befasst. Der Wunsch sei, die Kosten 50:50 aufzuteilen.

**Landrat Sailer** teilt mit, die Sanierung der Tribüne würde rd. 120.000 € kosten. Er habe eine Kostenbeteiligung seitens des Landkreises in Höhe von 1/3 vorgeschlagen. Dies sei schon ein sehr fairer Vorschlag, da die Tribüne für den Schulbetrieb nicht benötigt, sondern hauptsächlich von den Vereinen genutzt werde. Nachdem offiziell noch nichts vorliege, könne hierfür auch kein Ansatz im Haushalt vorgesehen werden.

Gleiches gelte für die Sanierung des Schwimmbades der Realschule Königsbrunn. Auch dazu gebe es noch keine Äußerung seitens der Stadt Königsbrunn, ob sie bereit wäre, sich an den kalkulierten 2 Mio. € Sanierungskosten zu beteiligen. Die Nutzung erfolge ziemlich genau zur Hälfte durch die Grundschule und die Vereine, weshalb vorgeschlagen wurde, sich die Kosten aufzuteilen.

Sobald sich die beiden Städte hierzu geäußert hätten, werde man die beiden Themen im Ausschuss nochmals aufgreifen.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Neher** teilt **Herr Pabel** mit, dass aufgrund der Krediterhöhungen – insbesondere für die Dachsanierung – noch Zusatzausgaben für Zins und Tilgung von 30.000 € - 40.000 € anfallen werden. Es ergebe sich somit aktuell ein ungedeckter Bedarf von rd. 1.270.000 €.

**Kreisrat Neher** merkt an, er habe noch nie ein Haushaltsjahr erlebt, in dem der Kreditrahmen voll ausgeschöpft wurde.

**Kreisrat Sartor** erkundigt sich nach dem Kreditrahmen 2011. Dazu teilt **Herr Seitz** mit, dass im Jahr 2011 6,5 Mio. € und im Januar 2012 nochmals 2,5 Mio. € aus der Kreditermächtigung 2011 aufgenommen werden mussten. Der Ansatz habe bei 16 Mio. € gelegen.

### Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2012.

Die ergänzte Vorlage des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses zum Kreishaushalt 2012 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

### Abstimmungsergebnis:

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0  |

### **TOP 8    Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

### **TOP 9    Wünsche und Anfragen**

- keine -

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

---

Martin Sailer  
Landrat

---

Ulla Berger  
Verw.Angestellte

41. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses 02.02.2012